TROTZDEM

SONDERAUSGABE ZUM BUNDESPARTEITAG 2012

LINKS IM DRUCK.

www.aks.at
www.vsstoe.at
www.sektionacht.at
www.sjoe.at

SOZIALDEMOKRATISCHES SCHUMMELHEFT

Ein Service von AKS, SJÖ, VSStÖ & Sektion 8

INHALTSVERZEICHNIS

Seite 5 Kapitel 1: Arbeitsmarktpolitik
Seite 6 Kapitel 2: Wirtschaftspolitik
Seite 7 Kapitel 3: Steuerpolitik
Seite 10 Kapitel 4: Gesellschaftspolitik
Seite 12 Kapitel 5: Sozialpolitik
Seite 14 Kapitel 6: Bildungspolitik
Seite 17 Kapitel 7: Frauenpolitik
Seite 17 Kapitel 8: Familienpolitik
Seite 18 Kapitel 9: Sicherheits- und Innenpolitik
Seite 20 Kapitel 10: Europa/Internationales
Seite 20 Kapitel 11: Landwirtschaft
Seite 21 Kapitel 12: Medien, neue Medien
Seite 21 Kapitel 13: Wohnpolitik
Seite 22 Kapitel 14: Umweltpolitik
Seite 22 Kapitel 15: Parteireform

Editorial

Der Bundesparteitag ist das höchste Gremium der SPÖ. Hier werden inhaltliche Auseinandersetzungen geführt, Positionen festgelegt und Programme beschlossen.
Wir verstehen die Sozialdemokratie als Mitmachpartei, die für interessierte Mitglieder und SympathisantInnen offen sein muss. Die SPÖ muss wieder zum Kampforgan derjenigen werden, die für eine sozial gerechte, solidarische und demokratische Gesellschaft eintreten. Dazu muss sie sich öffnen und ihre Orientierungs- und Mutlosigkeit überwinden.

Dieses Heft liefert einen Überblick über sämtliche heute diskutierte Anträge – viele davon wurden von uns, den roten Jugendorganisationen, eingebracht. Wir freuen uns über Deine Unterstützung!

Freundschaft!

Vorwort

Tatjana Gabrielli

Bundesvorsitzende der Aktion kritischer Schüler_innen

Die Sozialdemokratie war immer für die mutigsten Schritte in der Politik verantwortlich. Dass sich in unserem Bildungssystem doch noch Veränderungen zum Positiven finden, verdanken wir wohl ebenfalls dem sozialdemokratischen Gedanken. Doch es scheint, als würden wir langsam den Mut verlieren, große Schritte zu wagen. Als wären wir mit dem Stillstand zufrieden, solange es nicht schlechter wird. Aber es wird schlechter.

Die soziale Selektion in Österreich ist dramatisch. Das differenzierte Schulsystem schadet nicht nur jenen, die ausdifferenziert werden, sondern lässt auch ein solidarisches Miteinander kaum zu. Das versteckte Schulgeld ermöglicht es vielen jungen Menschen nicht, ihren Bildungsweg selbst zu bestimmen und lässt oftmals nicht mehr zu, als die Eltern an Bildungsstandard zu vererben vermögen.

Ebenfalls sind die demokratischen Strukturen im Schulsystem kaum bis gar nicht vorhanden. Die Direktwahl der Landes- und Bundesschüler_innenvertretung (LSV bzw. BSV) ist ein längst fälliger Schritt, den einzig und allein wir durchführen können. Das Demokratieverständnis von Schülern und Schülerinnen muss gefördert werden, durch die Theorie im eigenen Schulfach Politische Bildung und durch die Praxis, in dem es allen Schülern und Schülerinnen zusteht, ihre eigene Vertretung auf Landes- und Bundesebene zu wählen.

Das momentane Bildungssystem bildet Eliten und selektiert sozial schwächere Schüler_innen aus. Es ist ein veraltetes System, dessen starre Strukturen aufgebrochen werden müssen. Ziel der Sozialdemokratie muss es sein, Bildung für alle zugänglich zu machen, jede/n gemäß seiner/ihrer Fähigkeiten und Interessen zu fördern und Schülern und Schülerinnen die Möglichkeit auf Mitbestimmung zu geben. Eine gemeinsame Schule, die verpflichtende Ganztagsschule, das Schulfach Politische Bildung, die modulare Oberstufe, echte Bildungsstandards und die Direktwahl der LSV und BSV können nur von der Sozialdemokratie ausgehend eingeführt werden, da nur dann auch garantiert werden kann, dass Solidarität, Chancengerechtigkeit und soziale Sicherheit gegeben sind.

Wir müssen gemeinsam für eine sozial gerechte, demokratische und angstfreie Schule und Gesellschaft kämpfen!

Vorwort

Niki Kowall

Vorsitzender der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund

Die Antragsprüfungskommission empfiehlt uns, wie wir abstimmen sollen. Das ist einerseits ein Service, weil wer sonst hat sich schon stundenlang mit den vielfältigen und komplexen Themen beschäftigt, die in den Anträgen angerissen werden. Andererseits geben wir Delegierte natürlich Verantwortung ab, wenn wir andere für uns denken lassen. Auf Vorschlag der Sozialistischen Jugend gibt es heuer dieses kleine „alternative Empfehlungsheft“, in dem sich vor allem Jüngere in der SPÖ eigene Gedanken gemacht haben und diese im Gegensatz zur Antragsprüfungskommission auch transparent begründen. Die Sektion 8 der SPÖ Alsergrund hat ihren Beitrag mit der Durchsicht und Kommentierung der Leitanträge und der wirtschaftspolitischen Anträge geleistet. Wir hoffen diese Initiative wird auch bei künftigen Parteitagen zur Anwendung kommen und rufen alle in der SPÖ auf, in Hinkunft ebenfalls eigene Positionen zu jenen Anträgen zu formulieren, die ihnen besonders am Herzen liegen. Denn wirklich lebendig wird unsere Partei erst dann, wenn sich viele von jenen 200.000 Mitgliedern, die nie im Fernsehen zu Wort kommen, auch aktiv einbringen.

Vorwort

Wolfgang Moitzi

Sozialistische Jugend Österreich

„Wir sind SozialistInnen, weil wir nicht nur den wissenschaftlich-technischen, sondern auch den gesellschaftlichen Fortschritt für möglich halten: Wenn die Menschen es fertig gebracht haben, Raketen, Raumschiffe und Computer zu konstruieren, dann sind sie auch imstande, eine neue Gesellschaft zu verwirklichen, in der alle die gleichen Chancen haben, in der es keine Klassenunterschiede gibt. Wir sind SozialistInnen, weil uns das Argument, dass etwas ‚immer' so war und daher auch ‚immer' so bleiben muss, nicht überzeugt. SozialistIn sein bedeutet: den menschlichen Fortschritt auch im gesellschaftlichen Bereich zu bejahen."

Diese Worte von Josef Hindels sind heute aktueller denn je. In einer Zeit, in der die Überreste des Wohlfahrtsstaats in Europa geopfert werden, um „das Vertrauen der Märkte zurückzugewinnen", ist es höchst an der Zeit, wieder zu unserem sozialistischen Selbstbewusstsein zurückzufinden, das uns stark gemacht hat. Denn die Sozialdemokratie ist kein Verwaltungsapparat, sondern eine Bewegung, die gesellschaftliche Veränderungen im Sinne unserer Prinzipien Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit herbeiführen will.

Dazu ist es aber notwendig, aus der Orientierungslosigkeit und Beliebigkeit, die in den letzten Jahrzehnten in unserer Bewegung Einzug gehalten hat, herauszukommen. Einer unserer Hauptschwerpunkte auf diesem Bundesparteitag ist daher die Forderung nach Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms – und zwar in einem breiten demokratischen Prozess. Bereits bei der Erstellung des Programms 1978 hat sich gezeigt, wie wertvoll ein breiter Diskussionsprozess für die Partei sein kann, nicht nur als Möglichkeit wieder mehr Menschen mit verschiedensten Lebensrealitäten in die Partei einzubinden und zu motivieren, sondern auch um unseren gemeinsamen Grundkonsens zu stärken und neue Ideen und Konzepte zu entwickeln. Selbst wenn ein derartiger Prozess sicher arbeitsintensiv ist, so ist er in Zeiten der Politikverdrossenheit, auch unter unseren Mitgliedern, das beste Mittel, um mit neuen Strategien und inhaltlichen Zielsetzungen eine Aufbruchstimmung zu entfachen.

Machen wir die SPÖ zur Mitmachpartei, die programmatischer, demokratischer, offener und jünger ist!

Vorwort

Jessica Müller

Bundesvorsitzende Verband sozialistischer Student_innen in Österreich

Eine unserer größten Stärken ist es immer gewesen, dass wir entschlossen und öffentlich für unsere sozialdemokratischen Werte und Ziele eintreten und in politischen Auseinandersetzungen für eben diese kämpfen. Das gestaltet sich in der politischen Praxis nicht immer einfach, besonders wenn die Koalitionspartei seit Jahrzehnten die konservative Volkspartei ist.

Diese Situation darf aber nie eine Ausrede dafür sein, dass wir uns nicht an unsere eigenen Grundwerte und unsere demokratischen Beschlüsse halten. Diese sind das Fundament all unserer Arbeit und Politik. Wie sollen wir und unsere politischen Ziele und Visionen ernst genommen werden, wenn wir sie nicht durch unsere Arbeitsweise verkörpern?

In den letzten Wochen waren die Hochschulen ständiges Gesprächsthema. Die Themen Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen sind auch 2012 immer noch nicht aus der Welt geschafft. Auf dem Rücken der Studierenden und zu Ungunsten der Hochschulen wird politisches Kleingeld gewechselt. Ob durch Vorstöße aus den eigenen Reihen oder des Wissenschaftsministers Töchterle: Es wird nie versucht, die Situation von Studierenden wirklich zu verbessern. An einem längst maroden Bildungssystem wird nur herumgedoktert – „weiterwursteln statt weiterdenken" scheint das Motto der österreichischen Bildungspolitik zu sein. Anstatt sich endlich mit einem neuen, zeitgemäßen Konzept an den Verhandlungstisch zu setzen, befördert unsere Partei zunehmend den konservativen, neoliberalen Diskurs. Wir brauchen aber keine Antworten, die genau so gut ÖVP oder FPÖ geben würden, sondern neue, fortschrittliche – mit einem Wort: sozialdemokratische.

Egal wie wir es drehen und wenden, egal wie wir diese sozialen Hürden nennen: Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren werden nie die finanziellen Probleme der Hochschulen verbessern können, sie sind auch gar nicht dafür gedacht! Sie alle dienen dem Zweck, Menschen von höherer Bildung fernzuhalten. Wir fahren momentan die Ernte von zwölf Jahren konservativer Wissenschaftspolitik ein: Bildung wird wieder zum Privileg der ohnehin schon Privilegierten, die Zahl der Studierenden aus sozial schwächeren Schichten ist im freien Fall begriffen.

Das ist ein schwerwiegender gesellschaftlicher Rückschritt, den nur ein freies und kostenloses Bildungssystem von frühester Kindheit an bis ins hohe Alter überwinden kann. Wir betrachten Bildungspolitik als gesamtheitliche gesellschaftliche Aufgabe. Sie soll nicht nur in Schulen und Universitäten stattfinden. Gerade deshalb muss der Ausschluss breiter Gesellschaftsschichten von höherer Bildung ein Ende finden. Mehr demokratische Bildung heißt für uns auch gleichzeitig mehr Demokratie und mehr Bildung.

Bessere Hochschulen sind möglich, es kommt lediglich auf den politischen Willen und den Mut an, sie Wirklichkeit werden zu lassen. Nur die Sozialdemokratie kann das schaffen. Lasst uns Willens und mutig sein, für freie und kostenlose Bildung für alle einzustehen!

Leitantrag 1:

Mehr Verteilungsgerechtigkeit als Schlüssel für stabiles Wachstum und Beschäftigung.

Der Fließtext des Leitantrags ist gut, die Forderungen sind erfreulich. Im Bereich der Steuerpolitik hat es die SPÖ-Führung langsam aber doch die Zeichen der Zeit erkannt. Erbschaftssteuern und Vermögenssteuern über einer Million Euro sind ein wichtiges Zeichen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Leitantrag 2:

Strenge Regulierung der Finanzmärkte

Der Fließtext ist von A bis Z nachvollziehbar und richtig. Die Forderungen sind gut und notwendig, wenn auch teilweise nicht konkret genug. Wie genau sollen beispielsweise die innereuropäischen Steueroasen Monaco, Andorra, Liechtenstein, Kanalinseln etc. geschlossen werden? Insgesamt ist der Antrag ein gutes und klares Bekenntnis für eine Re-Regulierung der Finanzwelt.

Unsere Empfehlung: Annahme

Leitantrag 3:

Bildung 2012 – Auf dem Weg zur neuen Schule

Der Bundesparteitag soll sich für ein chancengerechtes und leistungsstarkes Bildungssystem aussprechen, das die Fähigkeiten und Interessen fördert und allen Kinder die gleiche Chancen bietet, unabhängig der Herkunft, des Geschlechts oder des sozialen Hintergrunds. Um die Kinder so gut wie möglich zu fördern, muss sehr früh angesetzt werden. Daher spielt die Frühpädagogik eine entscheidende Rolle. Dies bedeutet, dass dieser Sektor stark reformiert und ausgebaut werden muss.
D.h. Ausbildung der Pädagog_innen auf tertiärem Niveau, flächendeckendes Angebot ganztägigen Betreuungseinrichtungen.
Um die Chancengleichhheit im österreichischen Bildungssystem gewährleisten zu können, führt kein Weg an der Einführung der „Gemeinsamen Schule“ vorbei. Da dieses System fast ausschließlich von den Lehrer_innen getragen wird, muss die neue Pädagog_innenausbildung im Mittelpunkt des Reformprozesses stehe. Ein neues Dienst- und Besoldungsrecht muss leistungsorientiert und für alle Pädagog_innen gültig sein. Für Verwaltung und schulische Sozialarbeit muss geeignetes Unterstützungspersonal zur Verfügung gestellt werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Leitantrag 4:

Soziales und Arbeitswelt

Der Leitantrag des SPÖ-Bundesparteivorstandes ist ein umfassender Antrag zu dem brennenden Thema Soziales und Arbeitswelt. Es werden viele Themen wie Pensionen, Jugendarbeitslosigkeit oder auch der Konsumentenschutz behandelt.

Unsere Empfehlung: Annahme

Leitantrag 5:

Frauenbeschäftigung: Arbeitsmarkt – Arbeitszeit – Vereinbarkeit

In einem offenen und gemeinschaftlichen Prozess haben über mehrere Phasen hinweg hunderte Frauen eine Resolution erarbeitet, die diverse Forderungen zur Verbesserung der sozioökonomischen Situation von Frauen enthält. Diese Forderungen reichen von der Neubewertung von Arbeit in frauendominierten Berufen über die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, bis hin zu Frauenförderungsmaßnahmen im Betrieb, einem flächendeckenden Kinderbetreuungsangebot und Anreizen für eine partnerschaftliche Aufteilung der Karenz.

Unsere Empfehlung: Annahme

Leitantrag 6:

Europäische und internationale Politik

Der Antrag ist ein Versuch, die großen internationalen Politikfelder abzudecken und kursorisch die jeweiligen sozialdemokratischen Positionierungen zu formulieren. Vieles ist bereits altbekannt (keine Beteiligung an Kriegen und Militärbündnissen; Bekenntnis zu Abrüstungspolitik; Bekämpfung von Armut…), manches aktuelleren Entwicklungen geschuldet (Forderung nach einer neuen, „sozialen“ Zukunftsstrategie der EU, Fokus auf Wachstum, Beschäftigung und sozialer Sicherheit…). Entwicklungszusammenarbeit wird als übergreifende politische Zielvorgabe definiert, die Notwendigkeit einer starken UNO betont. Der abschließende Forderungskatalog reicht von der Regulierung der Ratingagenturen über verstärkten Klimaschutz bis zur Absicherung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse.

Unsere Empfehlung: Annahme

Leitantrag 7:

Kunst- und Kulturpolitik

Die Sozialdemokratie spricht sich für eine Politik aus, die Kunst, Kultur und ihre Freiheit garantiert und fördert. Es ist daher eine besondere Aufgabe des Staates, das künstlerische Schaffen und die Auseinandersetzung mit Kunst zu fördern. Dies beinhaltet Kulturfinanzierung, die vor allem junge Künstler_innen fördert, die verbesserte soziale Absicherung von Kunstschaffenden, oder den Ausbau von regionalen Kulturinitiativen. Die Teilnahme am kulturellen Leben muss allen Schichten zugänglich ist, auch Fortschritte durch die Digitalisierung muss allen nutzbar gemacht werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Kapitel 1: Arbeitsmarktpolitik

Antrag 1.01

Arbeitsmarktzugang für AsylwerberInnen

In diesem Antrag von der SPÖ Wien wird gefordert, dass AsylwerberInnen nicht nur als „Saison-, Erntearbeiter und neue Selbstständige“ arbeiten dürfen, sondern dass die rechtliche Möglichkeit geschaffen wird, damit AsylwerberInnen eine allgemeine Arbeitserlaubnis bekommen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 1.02

Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie für Jugendliche und BerufseinsteigerInnen bis 24 Jahre

Die Ausbildungsgarantie bis 18 in Österreich ist ein Kernstück sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik und eine europaweite Erfolgsgeschichte. Jedoch gibt es in der Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen den größten Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit, weshalb die SPÖ Niederösterreich fordert, die Ausbildungsgarantie um eine Beschäftigungsgarantie bis 24 zu erweitern.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 1.03

Jugend braucht Zukunft – Wirtschaft braucht Fachkräfte

Österreichweit sind ca. 9.000 Jugendliche auf der Suche nach einem Lehrplatz, während die Wirtschaft über fehlende Fachkräfte jammert. Daher fordern die GewerkschafterInnen in der SPÖ, dass zur Finanzierung der Lehrstellenförderung in Zukunft 1 Prozent der Brutto-Lohnsumme durch die Unternehmer bezahlt wird. Dadurch stünde ca. eine „Fachkräfte-Milliarde“ für die gezielte Schaffung von Lehrplätzen zur Verfügung.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 1.04

Fair statt prekär beschäftigen!

Jugendliche sind – trotz guter Ausbildung – in immer mehr Bereichen von prekärer Beschäftigung betroffen. Der Antrag der SPÖ Döbling fordert die Besserstellung dieser Beschäftigten.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 1.05

Ewig Praktikantin?

Dieser Antrag der SPÖ Döbling fordert eine exakte rechtliche Definition des Begriffs Praktikums und eine arbeitsvertragsrechtliche Absicherung, sodass diese in Zukunft gerecht bezahlt werden. Weiters fordert der Antrag eine Reform der „All-In-Klauseln“.

Unsere Empfehlung; Annahme

Antrag 1.06

Der verlorenen Generation eine Zukunft – ein europäischer Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Über 5 Millionen junger Menschen sind in Europa mittlerweile ohne Arbeit. Daher fordert der Antrag der Sozialistischen Jugend ein ganzes Maßnahmenpaket in Österreich und auf europäischer Ebene, um wieder Arbeitsplätze zu schaffen. Darunter u.a. die Verkürzung der Arbeitszeit, die Einführung einer europäischen Ausbildungsgarantie nach österreichischem Vorbild oder auch die kostenlose Meisterprüfung für GesellInnen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 1.07

Arbeit und Soziales

Dieser umfassende Antrag der Jungen Generation behandelt den zunehmenden Druck, dem junge Menschen in der Schule ausgesetzt sind, stagnierende Löhne, ständige Angst um den Arbeitsplatz und die ungerechte Definition von Leistung. Forderungspunkte sind etwa Arbeitszeitverkürzung, Stärkung von jungen Erwachsenen bei Praktika, die Aufhebung der Höchstbemessungsgrundlage oder auch die bessere Absicherung von LeiharbeiterInnen. Nachdem die AntragsstellerInnen der Zuweisung zugestimmt haben ist unsere Empfehlung ebenfalls die Zuweisung.

Unsere Empfehlung: Zuweisung

Antrag 1.08

Keine Diskriminierung von LGBTI innerhalb und außerhalb der Arbeitswelt

Dieser Antrag der SoHo Österreich fordert die Abschaffung der (trotz Einführung des Gleichbehandlungsgesetzes und der Schaffung der eingetragenen Partnerschaft noch) bestehenden Diskriminierungen in- und außerhalb der Arbeitswelt. So soll unter anderem der §97 des Arbeitsverfassungsgesetzes und der §18 des BPG geändert werden, sodass in Zukunft eingetragene PartnerInnen hinsichtlich Leistungsansprüche den Ehegatten gleich gestellt sind.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 1.09

Mehr Rechte für freie DienstnehmerInnen

Dieser Antrag der Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie (ACUS) fordert mehr Rechte für freie DienstnehmerInnen. Unter anderem 3 Wochen Mindesturlaub, 3 Monate Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Mitbestimmungsrechte im Betrieb. Weiters auch die Einbeziehung der freien DienstnehmerInnen in das Mutterschutzgesetz und mehr Rechtsdurchsetzungsfähigkeit bei Scheinverträgen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Kapitel 2: Wirtschaftspolitik

Antrag 2.01

Ja zur Umverteilung! Vorrang für Wachstum und Beschäftigung!

Der Antragstext erkennt die fatale Sparpolitik, möchte diese aber nicht kippen, sondern durch Wachstumsimpulse ergänzen. Also Gas geben und Bremsen gleichzeitig. Recht guter Fließtext aber zahnlose Forderungen: Schuldenbremsen und Fiskalpakt werden als Fehler erkannt, aber es wird nicht deren Rücknahme gefordert. Das Kernproblem, dass zwei verschiedene wirtschaftliche Diagnosen zwei entgegen gesetzte Behandlungen erfordern und nicht von beiden Behandlungen ein bisschen was, wird ignoriert. Die neoliberale Diagnose ist 100-prozentig falsch und die neoliberale Medikation verschlechtert sichtbar für jede/n Beobachter/in mit Vernunft die Situation der Patientin Europa. Eigentlich sollte die Sozialdemokratie allerspätestens jetzt, wo europaweit Millionen in Armut versinken, offensiv die sozialdemokratisch-keynesianische Diagnose vertreten und eine entsprechend expansive Wirtschaftspolitik daraus ableiten. Das macht dieser in sich widersprüchliche Antrag aber nicht, er reiht sich ein in das ewige Wischi-Waschi, das uns bedeutungslos macht und den Rechtspopulisten Auftrieb verschafft.

Unsere Empfehlung: Ablehnung

Antrag 2.02

Für eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik im Interesse Österreichs

Die Rhetorik des Fließtextes ist stellenweise womöglich etwas nationalistisch angehaucht und auch der massive Fokus auf die Arbeitsplätze scheint etwas übergewichtet. Auch die Waffen- und Atomindustrie schaffen Arbeitsplätze, mindestens so relevant ist die Frage, ob die Gesellschaft will oder braucht, was diese Arbeitsplätze erzeugen. Abgesehen von diesen Details ist der Kernaussage des Fließtextes völlig zuzustimmen. Die Privatisierungen (gesunder) Unternehmen spülen nur einmal Geld in die Staatskassa. Schon die Erträge der nahen Zukunft übersteigen in Summe oftmals die Privatisierungserlöse, überdies ist mit dem Verkauf auch noch das Vermögen weg. Die im Antrag formulierte Forderung von weiteren Privatisierungen abzusehen ist zu unterstützen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 2.03

Ein soziales, ökologisches und effizientes Vergaberecht

Der BSA fordert in seinem Antrag die Vergabe von öffentlichen Aufträgen gekoppelt mit sozialen und ökologischen Kriterien als Steuerungselement der öffentlichen Hand zu forcieren. Diese Kriterien, beispielsweise Frauenförderung, Beschäftigung von Menschen mit Behinderung und Langzeitarbeitslosen soll mit 5 Prozent in der Bewertung berücksichtigt werden. Kooperationen zwischen der öffentlichen Hand und Privatunternehmen will der BSA ebenfalls mit Vergabekriterien versehen und vom Rechnungshof untersucht wissen. Der BSA fordert eine Vereinfachung des Zulassungsprozederes, die Verhandlungsverfahren sollen als solche genutzt werden und im Falle von Insolvenz sollten sich die öffentliche Hand auch direkt an SubunternehmerInnen wenden können, die Vergabe an Arbeitsgemeinschaften wird empfohlen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Kapitel 3: Steuer- und Kapitalmarktpolitik

Antrag 3.01

Haushaltskonsolidierung in Zeiten einer ökonomischen Krise

Der Antrag lobt zuerst die bisherigen von der Bundesregierung vorgenommenen Sparmaßnahmen, und richtet sich dann an künftige Konsolidierungsbemühungen. So dürfen Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum durch die Haushaltskonsolidierung keinen Schaden nehmen, stattdessen sollen Vermögenssteuern, Grundsteuer, sowie Erbschafts- und Schenkungssteuer eingeführt werden. Zudem wird ein demokratisches Europa gefordert, in dem nicht „Märkte“ oder Ratingagenturen die Geschicke bestimmen. Weiters spricht sich der Antrag für einen europäischen Pakt für qualitatives Wachstum und für mehr Jugendbeschäftigungen aus. Auch wenn dieser Antrag etwas widersprüchlich ist – schadet es nicht, wenn er angenommen wird.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 3.02

Entlastung für PendlerInnen und Umgestaltung der PendlerInnenpauschale in ein Modell der DienstnehmerInnenfreifahrt

Die PendlerInnen ächzen unter steigenden Spritpreisen und Treibstoffkosten. Bis dato profitierten aufgrund eines Freibetragsmodells nur Besserverdienende – je höher der Grenzsteuersatz, desto höher der Steuervorteil. Alle, die keine Steuer zahlen, hatte nur den geringeren PendlerInnenzuschlag. Daher soll mit einem neuen sozialen, ökologischen und gerechten Förderungsmodell eine Jahreskarte für öffentliche Verkehrsmittel von der Wohnstätte zum Arbeitsplatz zur Abgeltung der tatsächlichen PendlerInnenkosten eingeführt werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 3.03

Erlassung klarer verfassungsrechtlicher Vorgaben hinsichtlich des schonenden Umganges mit öffentlichen Mitteln und insbesondere des Verbotes von Spekulationen mit öffentlichen Mitteln für Bund, Läner und Gemeinden durch den Bundesverfassungsgesetzgeber

Geld zu veranlagen und damit zu spekulieren ist keine öffentliche Aufgabe – und damit keine grundsätzliche Aufgabe der Gebietskörperschaften. Mit riskanten Zinswetten, die Gemeinden in Millionenverluste treiben können, soll Schluss sein. Hier empfiehlt die Antragskommission eine Zuweisung an den Bundesparteivorstand – aus unserer Sicht spricht nichts gegen eine Annahme.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 3.04

Bundesweit einheitliche, objektive und transparente Vergabe von Bedarfszuweisungen

Für viele Kommunen sind Förderungen in Form von Bedarfszuweisungen für die Finanzierung überlebensnotwendig. In Bundesländern wie etwa Niederösterreich werden diese Fördergelder jedoch willkürlich und nicht nach objektiven, transparenten Richtlinien vergeben. SPÖ-geführte Gemeinden erhalten wesentlich weniger Subventionen als ÖVP-geführte. Ein bundesweiter Kriterien- und Förderkatalog nach Salzburger Modell für eine einheitliche Vergabe von Bedarfszuweisungen ist einzuführen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 3.05

Reform des Steuerrechts – Umgestaltung des Freibetragssystems in ein transparentes, soziales und gerechtes Direktfördersystem

Freibeträge sollen künftig in einfache, transparente, soziale und gerechte „Direktförderungen“ umgebaut werden. Damit würde sich die Berechnung ändern – sodass nicht Besserverdienende automatisch auch höhere Steuergutschriften erhalten. Für die gleiche Ausgabe soll der gleiche Auszahlungsbetrag eingeführt werden. Da jährlich 1,1 Mio. Menschen auf die ArbeitnehmerInnenveranlagung verzichten, soll ein automatischer Steuerausgleich geschaffen werden.

Unsere Empfehlung: Zuweisung an die Arbeitsgruppe „Verteilungsgerechtigkeit“

Antrag 3.06

Sozialer Fortschritt und wirtschaftlicher Erfolg durch gerechtere Verteilung!

Die Forderungen kompakt zusammengefasst: Vermögenssteuer, 60 Prozent Grenzsteuersatz für Einkommen von über 300.000 €, gleichzeitig soll der Eingangssteuersatz bei Lohn- und Einkommenssteuer auf 25 Prozent gesenkt werden. Erbschafts- und Schenkungssteuer wiedereinführen, dafür Pflegefonds finanzieren. Unterstützung der Gewerkschaften in ihrem Kampf für höhere Löhne, sowie für einen kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1.300 € bei Vollzeitarbeit mit dem Ziel, beim nächsten Schritt 1.500 € zu erreichen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 3.07

PendlerInnenpauschale: Umstellung auf Absetzbeträge soll Entlastung für Menschen mit niedrigem Einkommen bringen.

Die PendlerInnenpauschale gilt als Absetzbetrag für die Lohnsteuer – davon sind NiedrigverdienerInnen ausgeschlossen. Der Antrag fordert, dass die tatsächlichen Kosten für den Arbeitsweg als Bemessungsgrundlage herangezogen werden, KleinverdienerInnen sollen alle Kosten im Wege der Negativsteuer ersetzt bekommen und Zuschussmodelle für das Pendeln mit Öffis soll ausgearbeitet werden. Da hier mehrere vernünftige Modelle diskutiert werden, empfehlen wir eine Zuweisung.

Unsere Empfehlung: Zuweisung an die Arbeitsgruppe „Verteilungsgerechtigkeit“

Antrag 3.08

Gerechtigkeit bei der Grundsteuer

Jeder Baugrund soll künftig gleich besteuert werden. Es kann nicht sein, dass ein Tischlermeister für dieselbe Fläche eine bis zu 100-mal höhere Grundsteuer zahlt als LandwirtInnen. Während MieterInnen von Wohnungen bei der Grundsteuer zur Kasse gebeten werden, zahlen Religionsgemeinschaften nichts. Es kann nicht sein, dass z.B. die Kirche als eine der größten Immobilienbesitzerinnen von der Grundsteuer befreit ist. Hier empfiehlt die Antragskommission eine Ablehnung – wohl aus Angst vor der Kirche.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 3.09

Echte Vermögenssteuern – jetzt erst recht!

Der Eingangssteuersatz soll reduziert, bei höheren Einkommen soll stärkere Progression eingeführt werden (Abschaffung der steuerlichen Begünstigung des 13./14. Gehalts ab 70.000 Euro Jahreseinkommen). Steuergrenzen sollen indexiert werden, sowie eine Wertschöpfungsabgabe und eine progressive Vermögenssteuer ab dem Freibetrag von 500.000 Euro eingeführt werden. Weiters: Abschaffung der steuerlichen Begünstigung von Stock Options, Einführung von Erbschafts- und Schenkungssteuer ab Steuerfreibetrag von 400.000 Euro.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 3.10

Abschaffung der Privilegien von Privatstiftungen

Wer in Österreich sein Vermögen in Privatstiftungen einbringt, lukriert damit eine Reihe von steuerlichen Begünstigungen. Dieser Antrag will diese Ungerechtigkeiten abschaffen, wie zum Beispiel den niedrigen Eingangssteuersatz von nur 2,5 Prozent.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 3.11

Mehr Verteilungsgerechtigkeit - mehr Wachstum.

Dieser Antrag will im Wesentlichen eine Verschiebung der Steuerlast vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Kapital. Erreicht soll dies durch eine Finanztransaktionssteuer, eine Vermögenssteuer und eine Erbschafts- und Schenkungssteuer werden.

Unsere Empfehlung: Im Leitantrag mitbehandelt

Antrag 3.12

Vorsteuerabzug für Schulen wieder zulassen

Mit dem letzten Sparpaket wurde auch den Gemeinden die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs für Investitionen genommen. Über 300 Gemeinden wollen diesen Vorsteuerabzug nun wieder einführen.

Unsere Empfehlung: Zuweisung an den Bundesparteivorstand

Antrag 3.13

Alleinverdienerabsetzbetrag für alle jene, die keine Familienbeihilfe beziehen

In diesem Antrag fordert die SPÖ Leibnitz, steuerliche Erleichterungen für in einer Partnerschaft lebende erwerbstätige AlleinverdienerInnen mit geringem Einkommen zu ermöglichen, die in der Höhe den abgeschafften Alleinverdienerabsetzbetrag kompensieren. Begründet wird der Antrag mit der Tatsache, dass die Streichung des Alleinverdienerabsetzbetrages gerade Erwerbstätige mit geringem Einkommen besonders treffe. Wir kritisieren das Konzept des Alleinverdienerabsetzbetrages und ähnlicher Absetzbeträge aus feministischer Sicht, weil damit in der Praxis nur ein steuerlicher Vorteil für alleinverdienende Männer zu erwarten ist und damit auch das patriarchal geprägte Alleinverdiener-Familienmodell gestärkt wird. Wesentlich sinnvoller wäre etwa, höhere Negativsteuern einzuführen, von dem auch Erwerbstätige mit Einkommen unterhalb der Steuerpflicht profitieren würden.

Unsere Empfehlung: Ablehnung

Antrag 3.14

Bankgeheimnis abschaffen!

Dieser Antrag fordert die Abschaffung des Bankgeheimnisses, welches - wie in den großen Korruptionsfällen rund um Grasser und Co. sichtbar wird - nur den Superreichen nützt. Laut einer Studie lagern das gesamte BIP der USA und Japans unversteuert in Steueroasen. Deshalb fordert dieser Antrag endlich Transparenz dort, wo sie wirklich hingehört.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 3.15

Staatsschulden senken - Zwangsanleihen einheben!

In diesem Antrag fordern die Sozialistische Jugend, der Verband Sozialistischer Student_innen und die Aktion kritischer SchülerInnen die Einführung von Vermögenssteuern kombiniert mit der Einhebung von Zwangsanleihen (die Verpflichtung für Personen mit großem Vermögen, dem Staat zu bestimmten Bedingungen Kredite zu gewähren). Zusätzlich wird volle Transparenz bei Kapitalerträgen und Vermögen gefordert.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 3.16

Le changement c'est maintenant! Für einen Kurswechsel in Europa, gegen den Austeritätskurs!

Dieser Antrag der Sozialistischen Jugend fordert, die konservative Sparpolitik in Europa durch Investitionen in Beschäftigung zu ersetzen. Die SPÖ soll das Bestreben unterstützen, den Fiskalpakt neu zu verhandeln und eine sozialdemokratische Offensive gegen die Politik des Kaputtsparens Europas organisieren. Es wird gefordert, dass die europäische Krisenbewältigungspolitik auf Kosten der Vermögen statt der niedrigen Einkommen gehen muss und für höhere Löhne statt Lohndumping zur Stärkung der Binnennachfrage gekämpft wird. Der Finanz- und Bankensektor soll durch eine Finanztransaktionssteuer reguliert werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 3.17

Für eine gerechte Steuerreform

In diesem Antrag der Jungen Generation in der SPÖ wird eine Steuerreform gefordert, die mit einer Entlastung von niederen und mittleren Einkommen und einer stärkeren Besteuerung von höheren Einkommen einhergehen soll. Im Detail wird die Anhebung des Spitzensteuersatzes und ein mehrstufigeres Steuersystem, Erbschafts- und Schenkungssteuer mit Freibetrag 1. Mio. Euro, eine progressive Vermögenssteuer, die Entkoppelung des Spitzensteuersatzes von der Kapitalertragssteuer, eine Finanztransationssteuer und die Einschränkung der Gruppenbesteuerung gefordert. Darüber hinaus wird ein entschlossenes Auftreten der SPÖ für Verteilungsgerechtigkeit und die Erhebung von konkreten Fakten zur Einkommen- und Vermögenslage gefordert.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 3.18

Menschen statt Profite - Nein zu ESM und Fiskalpakt!

Dieser Antrag des Verbandes Sozialistischer Student_innen Österreichs fordert eine Positionierung der SPÖ gegen den Fiskalpakt und die Unterstützung der Bestrebungen, ihn aufzuhalten bzw. neu zu verhandeln. Zusätzlich fordert der Antrag u.a. höhere Löhne zur Stärkung der Binnenkaufkraft und die bedingungslose Unterstützung der Gewerkschaften in etwaigen Arbeitskämpfen. Der Antrag lehnt Nulllohnrunden und Entlassungen im öffentlichen Dienst ab und fordert eine breite parteiinterne Diskussion zum Thema Staatsschulden und Umverteilung. Weiters wird Solidarität mit den Griechinnen und Griechen statt Alltagsrassismus und Nationalismus gefordert.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 3.19

Für ein Trennbankensystem in Österreich und der Europäischen Union

Dieser Antrag der Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie fordert die Einführung eines Trennbankensystem nach dem Glass-Steagall-Standard in Österreich und den Einsatz der SPÖ auf Ebene der EU für ein solches Trennbankensystem. Damit ist ein System der Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken gemeint, die jenen Banken, die im Wesentlichen Ersparnisse und Löhne der Beschäftigen verwalten, Spekulationen verbietet. Damit soll die dominierende Rolle hochriskanter Spekulationen beendet werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Kapitel 4: Gesellschaftspolitik

Antrag 4.01

Das kleine Glücksspiel in Österreich verbieten

Seit einigen Jahren ist das so genannte „kleine Glücksspiel“ in Österreich auf dem Vormarsch. Die Glücksspielindustrie (u.a. der Novomatic-Konzern) erzielt Rekordumsätze und –gewinne auf Kosten von Menschen mit geringem Einkommen. Für die Betroffenen bedeutet das kleine Glücksspiel Not, Krankheit, Armut, Elend, Kriminalität, häusliche Gewalt und Existenzbedrohung. Vor allem junge (oft nicht volljährige) Männer mit teilweise migrantischem Hintergrund und geringen Einkommen schlittern in die Spielsucht. Dies hat nicht nur persönliche Auswirkungen zur Folge sondern ist auch mit enormen Kosten der öffentlichen Hand verbunden: Mehrkosten entstehen im Bereich der Arbeitslosenversicherung, der Gesundheits- und Therapieausgaben und in der Bekämpfung und Aufarbeitung der Beschaffungskriminalität. Die Stadt Wien ist bereits mit gutem Beispiel vorangegangen und hat ein Verbot des kleinen Glücksspiels beschlossen. Um Ausweichmöglichkeiten innerhalb Österreichs zu unterbinden wird eine einheitliche und bundesweite Verbotsregelung vorgeschlagen. Außerdem müssen Beratungsstellen für Spielsüchtige in ausreichender Höhe vom Bund finanziert werden, eine Kampagne soll über die Gefahren des kleinen Glücksspiels informieren und auf Therapiemöglichkeiten hinweisen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 4.02

Politik für ArbeitnehmerInnen

Dieser lange und umfassende Antrag der GewerkschafterInnen der SPÖ umfasst viele Themen - u. a. eine Strategie für mehr Wachstum, Beschäftigung und eine bessere Verteilung in Europa, Grundsätze der Budgetkonsolidierung, Steuerpolitik oder auch die Lohnpolitik. Die GewerkschafterInnen in der SPÖ setzen sich weiters für die Verkürzung der Arbeitszeit, einen Neukodifizierung des Arbeitsrechtes ein und fordern einen starken Sozialstaat. Auch die Themen Pensionen und Pflege, wo u. a. die Forderung nach der Finanzierung des Pflegefonds mittels Vermögenssteuern gefordert wird, werden behandelt.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 4.03

Alle Kinder haben Rechte

Die Kinderrechte sind zwar mittlerweile in der Verfassung angekommen, allerdings mit einigen Unzulänglichkeiten: Flüchtlingskinder sind explizit aus dem Gesetz ausgenommen, grundlegende Rechte wie das Recht auf Bildung, das Recht auf Freizeit oder das Recht auf Gesundheit sind im Verfassungsgesetz gar nicht festgeschrieben. Daher wird eine Kinderrechte- Million gefordert, die zur Förderung von Projekten, die der Aufklärung und Information über Kinderrechte dienen. Außerdem wird die Entwicklung einer bundesweiten Kinderrechte- Forschungsstrategie, eines Kinderrechte- Fachbeirates, ein Kinderrechte- Sendeformat des ORF, eine Kinderrechte- Informationsstelle, sowie die Ausbildung aller Pädagog_innen in Sachen UN- Kinderrechte gefordert.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 4.04

Mehr Generationengerechtigkeit in Österreich schaffen

Die Erfolgsgeschichte der zweiten Republik baut sowohl beim Gesundheits- als auch beim Pensionssystem auf der generationsübergreifenden Solidarität. Seit Mitte der 1990er Jahre wird gerade von konservativer Seite versucht das Umlageverfahren mit einem kapitalgedeckten Pensionssystem zu ersetzen. Das Vertrauen in das staatliche System soll zunehmend schwinden. Und all das, obwohl die Finanzkrise private Pensionsvorsorgewerte zu einem großen Teil in den Keller rasseln ließ. Die JG fordert ein solidarisches Miteinander von Jung und Alt und mehr Generationengerechtigkeit- d.h. der Generationenvertrag im Pensionsbereich muss aktiv gestärkt werden und an künftige Anforderungen (wie etwa prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitphasen) angepasst werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Anrag 4.05

Fußball als Teil der ArbeiterInnenkultur akzeptieren

Während internationale Empfehlungen der UEFA oder des Europarates Fußballklubs immer mehr dazu anhalten in sozialarbeiterische Fanarbeit zu investieren, wird in Österreich im Umgang mit den Fans immer häufiger auf Repression, Strafen, moralische Entrüstung und kollektive Verurteilung gesetzt- und das mit nur wenig Erfolg. Die JG fordert daher die Unterstützung von Fanarbeit in Stadien, eine klare Stellungnahme gegen die Kriminalisierung von Fans seitens der zuständigen Bereichssprecher_innen der SPÖ und sozial verträgliche Eintrittspreise. Außerdem sollen Großklubs nur dann finanziell unterstützt werden, wenn die Vereine Fanarbeit fördern, die von Sozialarbeiter_innen unterstützt wird.

Unsere Empfehlung: Zuweisung

Antrag 4.06

Studierendenheime erhalten und neue Heimplätze schaffen!

Beim Sparpaket in Loipersdorf wurde nicht nur die Familienbeihilfe gekürzt sondern auch die Förderungen für Heime gestrichen. Heimplätze werden teurer und viele Heime sind gezwungen Plätze aufzugeben. Studierendenwohnheime bieten, vor allem Studierenden aus finanziell schlechter gestellten Schichten, die Möglichkeit auf leistbares Wohnen. Die SPÖ soll sich gegen die Kürzungen der Heimförderungen aussprechen. Darüberhinaus soll sich die SPÖ für einen Ausbau der Heimplätze einsetzen und eine Novellierung des „Studentenheimgesetzes“ innerhalb der Koalition fordern.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 4.07

Intersexuelle Menschen anerkennen, unterstützen und vor Diskriminierung schützen

Bei intersexuellen Menschen lässt sich nach der Geburt nicht klar abmessen ob die Geschlechtsorgane männlich oder weiblich sind, auch auf Grund von hormonellen Werten wird bereits im frühsten Kindesalter entschieden wie wir leben müssen und welchem gesellschaftlichen Bild wir zu entsprechen haben. In Fachkreisen ist bereits seit langem bekannt, dass Intersexualität mehr Aufmerksamkeit bedarf. Es ist wichtig, dass wir innerhalb der Partei und in der Öffentlichkeit den Diskurs suchen und vor der Realität der Intersexualität nicht die Augen verschließen.Um aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen und intersexuellen Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 4.08

Kein Platz der Hasskriminalität

„Hasskriminalität“ beschreibt Straftaten, die vorwiegend aufgrund der Zugehörigkeit der Opfer zu einer durch Hautfarbe, Herkunft oder sexuellen Orientierung bzw. der Geschlechtsidentität, bestimmten Gruppe begangen werden. Entscheidend für diese Deliktsklassifikation ist nicht die Tat selbst, sondern vorwiegend die tataus-

lösende Motivation. Leider wird laut Auskunft des Innenministeriums von juristischer Seite immer noch nicht festgehalten aus welchem Motiv die Straftat begangen wird. In anderen Ländern Europas sind bereits Maßnahmen gesetzt worden um statistisch Kriminalitätsmotive nach zu vollziehen.Es muss das erklärte Ziel einer demokratischen Gesellschaft sein, Gewaltverbrechen zu verhindern. Ein Schlüssel zur Verhinderung liegt in der Klärung der Frage, warum Gewalt passiert. Daher soll u.a. ein Forschungsprojekt initiiert werden. Außerdem soll die Möglichkeit zur Registrierung von Hasskriminalität im EKIS geschaffen werden, sowie eine Kampagne gegen Homophobie initiiert werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 4.09

Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen

In vielen europäischen sind Mahn- und Denkmäler im Gedenken an die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen längst selbstverständlich. Auch in Österreich muss ein Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen errichtet werden. Aus den temporären Lösungen sollen nun endlich feststehende Mahnmale errichtet werden. Dies soll in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Bildungseinrichtungen erfolgen. Das Begleitprogramm soll vor allem durch den Nationalfonds, Zukunftsfonds und Gedenkdienst ermöglicht und erarbeitet werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 4.10

Unterstützung von LGBTI-SeniorInnen

SeniorInnen der LGBTI-Community (Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle) haben besondere Bedürfnisse. Auf diese wird bis jetzt aber kaum Aufmerksamkeit gerichtet. Denn vor allem Jugendorientierte LGBTI-Communitys entsprechen oft nicht den Interessen der SeniorInnen. Vor allem der Pensionist_innenverband soll sich in dem Bereich mehr einbringen. Bei einer Fachtagung 2014 sollen internationale Expert_innenmeinungen eingeholt werden, Erfahrungen ausgetauscht werden um daraus ein fundiertes Grundsatzdokument zu erstellen. Darüber hinaus wird gefordert, dass gerade in der Pflege Akzeptanz geschaffen wird. Vor allem in der Aus- und Fortbildung von Ärtz_innen und Pfleger_innen muss dies vermittelt werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Kapitel 5: Sozialpolitik

Antrag 5.01

Zukunftssicherung durch aktive Sozialpolitik

Der Weg aus der Krise kann nur durch Investitionen in den Sozialstaat geschaffen werden. Deswegen sollen soziale Grundrechte in der Bundesverfassung verankert werden. Aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Investitionen in Bildung und Forschung sowie die Gewährleistung der sozialen Sicherheit sollen Priorität in der Budgeterstellung sein. Außerdem soll das Gesundheitssystem nachhaltig abgesichert, sowie die Pflege ausgebaut werden. Die Pensionen sollen gesichert und angepasst werden; vor allem das staatliche umlagefinanzierte Pensionssystem soll gestärkt werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 5.02

Mehr soziale Gerechtigkeit!

Soziale Gerechtigkeit bedeutet gleiche Freiheit und Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Das heißt: gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur, Demokratie und den Zugang zu allen öffentlichen Mitteln:

- Allen soll gleichermaßen die Teilhabe an Arbeit ermöglicht werden, alle Erwerbsformen sollen gleichermaßen sozial abgesichert werden. Moderne Formen der Arbeitszeitverkürzung sollen die Arbeitslosigkeit senken. Existenzsichernde Mindestlöhne in Europa sollen durchgesetzt werden. Es muss Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen geben.
- Verteilungsgerechtigkeit: Wer mehr besitzt, muss mehr beitragen.
- Armut muss aktiv bekämpft werden.
- Der Sozialstaat soll durch gesicherte Steuersysteme anhand der Leistungsfähigkeit finanziert werden.
- Allen muss der Zugang zu Gesundheit möglich sein, alle sollen die gleichen Vorsorgebedingungen haben.
- Nein zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.
- Freier Zugang zu Bildung. Es soll frei zugängliche Kinderbetreuungseinrichtungen geben. Nur durch einen freien und gebührenfreien Hochschulzugang kann Gerechtigkeit geschaffen werden.
- Abbau von Steuerprivilegien, Steuerhinterziehung und Klientelpolitik, sowie Steuererhöhungen für Wohlhabende.
- Mitbestimmung aller in Wirtschaft und Gesellschaft.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 5.03

Stärkung der sozialen Krankenversicherung zur Bewältigung der gesundheitlichen Herausforderungen der sich wandelnden Gesellschaft des 21. Jahrhunderts

Der vorliegende Antrag fordert ein Bekenntnis zur sozialen Krankenversicherung unter sozialpartnerschaftlicher Selbstverwaltung, Kooperation der Krankenkassen um mit neuen Rahmenbedingungen erfolgreich umgehen zu können, Sicherung der finanziellen Basis, falls die Krankenkassen neue Leistungen anbieten sollen und eine Gesundheitsreform, die auf den Synergieeffekt von Bund, Ländern und Kassen abzielt. Außerdem fordert die SPÖ Niederösterreich einen Fokus der Gesundheitspolitik auf die Verbesserung der Lebensqualität und des Gesundheitsgewinns.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 5.04

Zur sozialen Lage der älteren Generation

Die soziale Lage der älteren Generation soll verbessert bzw. abgesichert werden – u. a. durch eine Stärkung des umlagefinanzierten Pensionssystems, einer Reform der Betriebspensionen und einer Pensionsanpassung an die Inflationsrate. Weiters geht es um Armutsbekämpfung, etwa durch eine Senkung des Einstiegssteuersatzes von 36 auf 20 Prozent, sowie mit der Einführung vermögensbezogener Steuern. Ein weiterer Punkt ist die Gestaltung einer altersgerechten Arbeitswelt – etwa mittels Arbeitszeitverkürzunge, verpflichtender betrieblicher Gesundheitsvorsorge. Ein Pflegefonds und ein höheres Pflegegeld soll auch in diesem Bereich für Verbesserungen sorgen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 5.05

Verbesserungen im Unterhaltsrecht

Unterhaltsansprüche sollen erweitert werden, damit der Unterhalt von allen Kindern gesichert ist. Der Unterhaltsvorschuss soll immer möglich sein, wenn Unterhaltssanspruch besteht, das heißt unabhängig von der Leistungsfähigkeit des_der Unterhaltsschulderner_in. Außerdem soll er bis zum Ende einer Berufsausbildung ausbezahlt werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 5.06

Kampf für die Rechte von Einpersonen- und Kleinstunternehmer_innen sowie Neuen Selbstständigen

2010 erzielten 45% der Ein-Personen-Unternehmen einen Jahresumsatz von 30.000 Euro, Selbstständige machen 19% aller „working poor“. Es soll ein Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Ungerechtigkeiten sowie zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation ausgearbeitet und in Wahlprogramme aufgenommen werden. Es sollen außerdem Repräsentant_innen dieser Gruppe auf Wahllisten.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 5.07

Gesundheit ist ein fundamentales Recht ALLER – für ein starkes Gesundheitssystem, zu dem alle Menschen Zugang haben

Das Gesundheitssystem soll durch vermögensbezogene Steuern erhalten werden. Darüber hinaus soll die Höchstbeitragsgrundlage aufgehoben werden; es dürfen keine weiteren Selbstbehalte eingeführt werden. Es braucht außerdem ein nachhaltiges und kostenbewusstes Zusammenspiel zwischen ambulanter und stationärer Versorgung, präventiver, kurativer und rehabilitierender Medizin. Es soll mehr Ärzt_innen mit Kassenverträgen geben, und generell ein gleicher Zugang zum Beruf für Männer und Frauen geschaffen werden. Privat Versicherte sollen nicht bevorzugt werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 5.08

Pensions- und Krankenversicherung

Studienzeiten in denen, unter Außerachtlassung der Altersgrenze, auch Familienbeihilfe bezogen hätte werden können, sollen kostenfrei für den Pensionsversicherungsanspruch angerechnet werden. Darüber hinaus sollen alle steuerlichen Begünstigungen privater Krankenversicherung, sowie privater Pensionsvorsorge abgelehnt werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Kapitel 6:
Bildung und Berufsausbildung

Antrag 6.01
Bildungsreform mit aller Kraft fortsetzen

Zusätzlich zu bisherigen Reformen soll eine Reform der Ausbildung von KindergärtnerInnen, ein zweijähriger verpflichtender und kostenloser Kindergarten für alle und eine gemeinsame Schule der 6- bis 14-jährigen umgesetzt werden. Ganztagsbetreuung, Ausbau von Schulpsychologie und Sozialarbeit, Reduzierung von Schulkosten oder der Ausbau von Lehre mit Matura sind weitere Forderungspunkte.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 6.02
Ein Laptop für alle PflichtschülerInnen und Schulfach Internet

Dieser Antrag fordert den umgehenden Ankauf von Laptops für alle SchülerInnen bis zur 9. Schulstufe sowie die Einführung eines Schulfachs „Internet". Die Laptops sollen gratis sein und in dem Fach „Internet", sollen Kinder den Umgang mit dem Internet und den Umgang mit Dem Computer lernen. Das Geld sollte hier jedoch in andere Ressorts gesteckt werden, wie mehr Geld für zwei Lehrpersonen pro Klasse. Grundsätzlich ist eine Modernisierung der Klassen mit Laptops nichts entgegen zu bringen

Unsere Empfehlung: Zuweisung

Antrag 6.03
Einsatz und Ausbildung von KindergartenpädagogInnen

In diesem Antrag wird gefordert, dass das Angebot an Kindergärten und ganztägigen Einrichtungen erhöht wird. KindergartenpädagogInnen sollen eine universitäre Ausbildung erhalten und das neue Dienstrecht soll auch für diese gültig sein. Bis 2018 soll die gemeinsame Schule umgesetzt, Betreuungseinrichtungen für Kinder jeden Alters ausgebaut und die Schulautonomie gestärkt werden.

Unsere Empfehlung: Zuweisung

Antrag 6.04
Stillstand an den Hochschulen beenden: Finanzierung sichern, Stipendienwesen gerechter machen

In diesem Antrag geht es darum, die soziale Situation der Studierenden sowie die finanzielle Ausstattung der Universitäten zu verbessern durch ein erweitertes Stipendiensystem. Da dieser Antrag für Studiengebühren plädiert, ist dieser Antrag im sozialdemokratischen Sinne abzulehnen. Bei dieser Antragserstellung wurde auch das Stipendienwesen behandelt, das für uns höchst reformbedürftig ist. Hier soll eine Arbeitsgruppe „Bildungsperspektiven" eingesetzt werden, die sich Überlegungen zu diesem Themenbereich macht. Daher ist eine Zuweisung an die Arbeitsgruppe für uns vorstellbar.

Unsere Empfehlung:
Zuweisung an Arbeitsgruppe

Antrag 6.05
Für eine flächendeckende Gemeinsame ganztägige Schule der 6- bis 14-Jährigen mit bester Qualität

Hier wird die Vorantreibung der Gemeinsamen ganztägigen Schulen (verschränkte Form) der 6-14-Jährigen als beste Grundlage für eine gerechtere, chancengleichheitsfördernde Bildung durch konsequente, gezielte Förderung aller Kinder und den Abbau aller Behinderungen auf dem Weg dorthin, gefordert.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 6.06
Der 42. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ fordert die VertreterInnen der SPÖ auf, anlässlich eventueller Koalitionsverhandlungen nach der Nationalratswahl 2013, folgende bildungspolitischen Ziele und Forderungen unabdingbar in ein neues Regierungsprogramm für die Jahre 2013 - 2018 aufzunehmen

Eine klare Regelung der Kompetenzen bei Kindergärten und in der Elementarpädagogik sowie ein flächendeckendes Angebot an ganztägigen Einrichtungen bis zum Jahre 2018 soll sichergestellt werden. Weiters sollen KindergartenpädagogInnen dieselbe gemeinsame universitär-akademische Ausbildung wie alle anderen LehrerInnen erhalten. Diese neue PädagogInnenausbildung muss ebenso wie das neue Dienst- und Besoldungsrecht einheitlich und für alle PädagogInnen gültig sein.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 6.07

Höchstmögliche Bildung für größtmögliche Zahl von Menschen umsetzen!

In diesem Antrag geht es um den Abbau der sozialen Selektion an Österreichs Schulen. Zusätzlich wird ein Fokus auf die Sensibilisierung im Bezug auf benachteiligte und diskriminierte Gruppen in Schulen gelegt. Ein chancengerechtes Bildungssystem für Österreich ist unabdingbar!

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 6.08

Theoretischen Teil der Führerscheinausbildung in die Schule verlegen!

In diesem Antrag wird gefordert, dass alle Fahrschulen ihre Gesamtkosten angeben müssen, um zu verhindern, dass die privaten Fahrschulen die Preise beliebig in die Höhe treiben können. Weiters soll der theoretische Teil der Ausbildung in der Schule absolviert werden. Um den Aufwand, der neben Schule betrieben muss, etwas zu minimieren, soll der theoretische Kurs in der Schule absolviert werden. Die Führerscheinausbildung ist eine teure Angelegenheit und daran muss etwas geändert werden. Der Führerschein darf kein Luxusgut sein und müssen sich alle leisten können. Gerade für Jugendliche spielt dies eine große Rolle und da der Führerschein bei vielen Jobs schon eine unabdingbare Rolle spielt, muss es allen finanziell möglich sein diesen zu machen. Außerdem wird gefordert, dass das öffentliche Verkehrsnetz ausgebaut werden muss, um den Lenkungseffekt „Schiene statt Verkehrslawine“ sicherzustellen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 6.09

Gegen Studiengebühren

Studiengebühren stellen eine zusätzliche Hemmschwelle für junge Menschen aus ArbeiterInnenfamilien und sozial schwachen Familien dar, selbst wenn diese durch ein Stipendiensystem teilweise ausgeglichen werden würden. Die SPÖ muss sich gegen jegliche Hürde im Bildungssystem aussprechen. Dieser Antrag fließt außerdem in die Arbeitsgruppe Bildungsperspektiven ein.

Unsere Empfehlung:
Zuweisung an Arbeitsgruppe

Antrag 6.10

Dann können ja alle studieren?! Genau.

In diesem Antrag wird gefordert, dass die Studienbeihilfe erhöht und die Organisation der Studien- und Familienbeihilfe erleichtert wird. Weiters sollen die Stipendien ausgebaut und der Zugang zu ihnen erleichtert werden. Außerdem soll das Angebot an Sachleistungen für StudentInnen erweitert und der Internationale Austausch erleichtert werden und eine absolvierte STEOP soll als Leistungsnachweis für die Studienbeihilfe gelten. Dieser Antrag fließt außerdem in die Arbeitsgruppe Bildungsperspektiven ein.

Unsere Empfehlung:
Zuweisung an Arbeitsgruppe

Antrag 6.11

Bildungsgerechtigkeit jetzt! Bildung für alle!

Alle Kinder in Österreich müssen, egal welchen sozialen Hintergrund oder welche Bildung die Eltern genossen haben, die gleichen Chancen haben.
Die Entscheidung über den weiteren Schulweg mit 10 Jahren treffen zu müssen, ist 1. Keine Entscheidung, die das Kind in dem Alter selbst trifft, 2. Hängt sie zu stark von der Bildung der eigenen Eltern ab und 3. Bestimmt es, wie es auch Statistiken belegen, nur zu oft den gesamten weitern Bildungsweg. Da zum Beispiel nur 25% der HauptschülerInnen später an einer Universität studieren.
Es wird zu dem über weitere Zugangsbeschränkungen an Universitäten diskutiert, sowie über Studiengebühren. Beides ist abzulehnen, da Studiengebühren das finanzielle Problem der Unis nicht einmal annähernd lösen würden und Zugangsbeschränkungen dem Prinzip, dass jede_r freien Zugang zu Bildung haben soll, widersprechen.
Doch es muss ja nicht jede Person studieren gehen, um so wichtiger ist es, dass der Lehrberuf aufgewertet wird und dafür gesorgt wird, dass die ArbeitgeberInnen ihre Lehrlinge nicht ausbeuten.
Damit jede_r Schüler_in selbst durch viele Informationen entscheiden kann, was er/sie nach den Pflichtschuljahren macht, muss dafür gesorgt werden, dass es SchülerInnen im Alter von 14 Jahren möglich ist, viele Informationsveranstaltungen zu den verschiedenen Schultypen sowie der Lehre zu besuchen.

Unsere Empfehlung:
Mit Leitantrag mitbehandelt

Antrag 6.12

Bildungspolitik in Bundeskompetenz!

Aufgrund der nicht vollständig durchstrukturierten Aufteilung der Aufgaben im Bereich Bildung versickert viel des eigentlich großen Bildungsbudgets im Kostenaufwand für die unnötig aufwändige Verwaltung. Daher ist die

Vereinheitlichung der Bildungskompetenzen in Bundeshand notwendig, um unnötige Verwaltungsmehrgleisigkeiten einzusparen und dem Bund mehr Handlungsspielraum einzuräumen und wird aus diesen Gründen von der AKS gefordert.
Ein wichtiger Schritt dabei ist die Abschaffung der Landesschulräte, sowie dem Bund alle Personalentscheidung bezüglich aller Bildungseinrichtungen zu ermöglichen.
Außerdem dürfen die Schulen nicht völlig autonom handeln können, denn wie sich in den USA gezeigt hat, führt die übermäßige Schulautonomie zu einem Bildungssystem in dem die SchülerInnen aufgrund finanzieller Mittel etc. selektiert werden.
Was jedoch sehr wichtig ist, dass die Schule mit genug Freiheit ausgestattet sind, um individuell auf die SchülerInnen eingehen zu können.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 6.13

Direktwahl der Landes- und Bundesschüler_innenvertretung

Die BundeschülerInnenvertretung vertritt 1,2 Mio. SchülerInnen und setzt sich momentan aus jeweils drei LandesschulsprecherInnen aus jedem Bundesland sowie zwei SprecherInnen der Zentrallehranstalten. Diese LandesschulsprecherInnen werden wiederum nur von den SchulsprecherInnen ihres Schultypes gewählt. Danke diesem selektiven Wahlsystem ist den Schülerinnen und Schülern ihre eigene Vertretung auf Landes- oder Bundesebene zum überwältigenden Teil völlig unbekannt. Um die Vertretungsarbeit von und für SchülerInnen einerseits durch einen höheren Bekanntheitsgrad, andererseits durch ein transparentes Wahlsystem zu stärken, fordern wir seit Jahren die LSV/BSV Direktwahl. Denn Demokratie fängt bei der eigenen Vertretung an!

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 6.14

Gemeinsames Dienstrecht

In diesem Antrag wird gefordert, dass ein gemeinsames Dienstrecht aller Lehrer_innen ehestmöglich umgesetzt wird. Gleiche Lehrverpflichtung und Besoldung müssen neben einer gemeinsamen, gleichwertigen Ausbildung auf Masterniveau Ziel unserer Bemühungen sein.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 6.15

Für eine offensive Bildungspolitik

Ziel muss sein, allen Kindern und Jugendlichen dieselben Chancen zu eröffnen und durch das Bildungssystem die sozialen Benachteiligungen auszugleichen. In diesem Antrag werden folgende Forderungen diesbezüglich gestellt: der freie und kostenlose Zugang zu allen Bildungseinrichtungen, Anerkennung und Aufwertung der Elementaren Bildung, Ausbau des Kindergartens, Ausbildung aller Pädagog_innen auf Hochschulniveau sowie ein einheitliches Dienst- und Besoldungsrecht, die gemeinsame Schule aller 6-15 Jährigen und der Ausbau der Ganztagsschule. Da die Antragstellerin eine Zuweisung möchte, kommen wir diesem Wunsch nach.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 6.16

Verbesserung der Unterstützung von Kindern mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Familien im schulischen Bereich, insbesondere der Sprachförderung

„Begonnene Reformen in dieser Sache weisen zwar in die richtige Richtung, werden aber zu wenig konsequent und umfassend umgesetzt. Eltern und Kinder mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Familien brauchen mehr organisierte und beitragsfreie Unterstützung, die im entsprechenden schulnahen Umfeld oder direkt an den Schulen angeboten werden muss.“ Da die Antragstellerin eine Zuweisung möchte, kommen wir diesem Wunsch nach.

Unsere Empfehlung: Zuweisung

Resolution 6.01

Ein gerechtes Bildungssystem für alle

Bildung darf nicht länger vererbbar sein, sondern steht allen zu. Dabei muss Bildung insbesondere als staatlicher Auftrag wahrgenommen werden. ArbeiterInnenkinder und Kinder mit Migrationshintergrund sind im jetzigen System massiv benachteiligt und haben kaum Chancen, zu höherer Bildung oder gar einer hochschulischen Bildung zu kommen, denn Eliten reproduzieren sich. In diesem Antrag werden – vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung – umfassende Reformen des Bildungssystems gefordert.

Unsere Empfehlung: Annahme

Resolution 6.02

Für die Umsetzung bildungspolitischer Grundsätze der SPÖ

1. Einführung einer gemeinsamen Schule für alle Kinder und Jugendlichen für die Dauer der Schulpflicht.
2. Sicherstellung der bisherigen wortidenten Lehrpläne und der damit verbundenen Berechtigungen für die Mittelstufe.
3. Gleichwertige universitäre Ausbildung aller pädagogischen Berufe in Verantwortung des Ministeriums für Unterricht.
4. Verstärkter Einsatz von SchulsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen, anstelle von SchulärztInnen.
5. Ausbau von bestehenden Einrichtungen und die Errichtung neuer pädagogischer Institutionen an den pädagogischen Hochschulen für die Forschung im Bildungsbereich sowie die Entwicklung von Konzepten zur Lösung standortspezifischer Probleme.

Dies würde auch den neuen gesetzlichen Grundlagen zum Qualitätsmanagement im Pflichtschulbereich entsprechen.
Der SLÖ ist bereit aktiv und eng an der Umsetzung des Konzepts mitzuarbeiten.

Unsere Empfehlung: Annahme

Kapitel 7: Frauenpolitik

Antrag 7.01

Selbstbestimmung der Frauen über ihre eigenen Körper

Es muss endlich selbstverständlich werden, dass Frauen über ihren eigenen Körper selbstbestimmt entscheiden können. Es ist alleine die Entscheidung der betroffenen Frau ob und wie viele Kinder sie bekommen möchte. Die Verankerung von Schwangerschaftsabbrüchen hat im Strafgesetzbuch nichts verloren. Ebenso ist es möglich, Schwangerschaftsabbrüche im Gesundheitsrecht zu regeln, oder überhaupt wie jeden anderen medizinischen Eingriff zu behandeln, was der erst genannten Variante vorzuziehen ist. Der Zugang zu Verhütungsmittel muss erleichtert werden, die Kosten dafür sind immer noch viel zu hoch für breite Teile der Gesellschaft.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 7.02

Keine vorgezogene Angleichung des Pensionsantrittsalters für Frauen

Dieser Antrag spricht sich gegen eine vorzeitige Angleichung des Pensionsantrittsalters für Frauen aus. Bevor gleiche Pflichten eingeführt werden, müssen erst einmal die gleichen Rechte gewährleistet sein. Die 1992 im Parlament beschlossenen Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter müssen umgesetzt werden, da diese für eine Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen ab 2024 Voraussetzung sind. Zusätzlich bedarf es einer Verringerung der Mehrfachbelastungen für Frauen durch ein flächendeckendes, bedarfsorientiertes, qualitätsvolles Kinderbetreuungs- und Pflegeangebot.

Unsere Empfehlung: Annahme

Kapitel 8: Familienpolitik

Familienbezogene Maßnahmen umfassen eine Vielfalt unterschiedlicher Bereiche, Ziele und Zielgruppen. Sie stehen häufig unverbunden nebeneinander. Familienpolitik wird häufig nicht als eine Politik begriffen und gestaltet, die über den gesamten Lebensverlauf von Individuen und damit den Mitgliedern von Familie konzipiert ist. Vielfach mangelt es an einer langfristigen und nachhaltigen Perspektive. Aufgabe der Sozialdemokratie muss es sein, herrschende Mängel zu beseitigen, Frauen maßgeblich zu fördern und in Jungfamilien dafür zu sorgen, dass keine geschlechterspezifische Arbeitsteilung notwendig scheint. Auch muss für Gerechtigkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit gesorgt werden und abseits der heteronormativen Familie gedacht werden.

Antrag 8.01:

Familienförderung neu

In diesem Antrag wird die Erhöhung der Familienbeihilfe für alle bei gleichzeitiger Abschaffung der steuerlichen Frei- und Absetzbeträge gefordert mit 225 € Familienbeihilfe im Monat für alle Kinder und für die Größeren 240 €, einem Zuschlag für Kinder mit besonderen Bedürfnissen oder/und für Alleinerziehende. Zusätzlich braucht es mehr Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung: Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr des Kindes und bundesweite Standards für Qualität und Öffnungszeiten. Sicherstellung der weiteren Anstoßfinanzierung durch den Bund.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 8.02:

Familienrecht NEU und Obsorge

In diesem Antrag werden Regelungen gefordert, die bei einer Scheidung/ Trennung das Kindeswohl sichern sollen und ebenfalls die Mütter schützen sollen. Zudem werden Veränderungen im Bezug auf das Familienrecht gefordert, um beispielsweise Homosexuellen eine Gleichstellung zu ermöglichen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 8.03:

Familie ist mehr als Vater-Mutter-Kind

In diesem Antrag wird die rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren gefordert. Es wird die Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare gefordert, dass das Namensrecht ebenfalls für Homosexuelle gilt, eine Zeremonie vor dem Standesamt soll möglich sein und das Recht auf einen Partner_innenvertrag in Lebensgemeinschaften ist notwendig. Zusätzlich muss für homosexuelle Paare die selben Adoptionsrechte geben.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 8.04:

Für tiefgreifende familienpolitische Reformen

In diesem Antrag wird eine tiefgehende familienpolitische Reform gefordert. Die grundlegenden Forderungen sind die Veränderungen des Arbeitsmarktes, um es Vätern und Müttern leichter zu machen, ihre elterlichen Pflichten zu erfüllen. Weiters ein neues Förderungssystem, flächendeckende Bildungseinrichtungen, Gleichstellung im Rahmen der Erziehungsarbeit und eine Familienreform die auf moderne Lebensumstände Rücksicht nimmt.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 8.05:

Einheitliche Bestimmungen für Kinder und Jugendliche

In diesem Antrag wird die Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes mit Rücksicht auf Kinderrechte sowie adäquate Mitbestimmungsmöglichkeiten, sowie die österreichweite Erfassung aller gesetzlichen Regelungen die Kinder und Jugendliche betreffen, gefordert.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 8.06:

Für eine umfassende Familienrechtsreform

In diesem Antrag wird eine grundlegende, resortübergreifende Diskussion über die Neuordnung des Familienrechtes, mit dem Ziel, ein familienrechtliches Programm, das den Herausforderungen an die Gleichheit und Chancengerechtigkeit entspricht, auszuarbeiten.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 8.07

Förderung von Jungfamilien

Hier geht es um gesetzliche Regelungen, um Jungfamilien mit Kindern mehr zu unterstützen. Mit einer neuen Kindergeldregelung und neuen Kinderbetreuuungsangeboten sollen junge Mütter mehr Chancen am Arbeitsmarkt haben. Für junge Eltern bedarf es ein ausreichendes Bildungsangebot und genügen Information und Kurse für die Vorbereitung als Eltern.

Unsere Empfehlung: Annahme

Kapitel 9:
Sicherheits- und Innenpolitik

Antrag 9.01:

Weg mit dem Abstammungsprinzip bei der StaatsbürgerInnenschaft

Österreich ist eines von wenigen Ländern, in der für den Erwerb der StaatsbürgerInnenschaft nicht Geburtsort und Lebensmittelpunkt, sondern Verwandtschaftsverhältnisse herangezogen werden, also das „Abstammungsprinzip“. Dieser Antrag ist aus unserer Sicht zu begrüßen: Wer hier lebt und aufwächst, soll auch rechtlich gleichgestellt sein.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 9.02:

Verbesserung der Lebens- und Verfahrenssituation während des Asylverfahrens für alle betroffenen Kinder und Jugendliche

Dieser Antrag richtet sich gegen die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen, die im Asylwerberstatus leben müssen. Damit junge Menschen während des Asylverfahrens nicht zum Nichtstun gezwungen und ausgeschlossen werden, soll eine Kindergartenplatz-, Schul- und Berufsausbildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr eingerichtet werden. Schubhaft für Kinder und Jugendliche soll verboten werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 9.03:

Aufhebung der Vorratsdatenspeicherung

Seit April 2012 ist die Vorratsdatenspeicherung in Kraft – also die verdachtsunabhängige Speicherung aller Verbindungsdaten. Die Daten werden somit nicht mehr im Nachhinein im Zuge der Strafverfolgung erhoben, sondern die gesamte Bevölkerung wird ohne Tatverdacht durchleuchtet und ausspioniert. Wir lehnen einen Überwachungsstaat ab und befürworten daher diesen Antrag!

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 9.04:

Wer in Österreich geboren ist, ist keinE AusländerIn!

Ähnlich wie im Antrag 9.01 wird auch hier gefordert, dass in Österreich geborene Kinder von MigrantInnen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, automatisch auch StaatsbürgerInnen werden. Auch hier geht es also um die Forderung nach Geburtsortsprinzip anstelle des Abstammungsprinzips.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 9.05:

Aufhebung des Versammlungsverbots vor Sitzungen gesetzgebender Körperschaften

Der §7 des österreichischen Versammlungsgesetzes verbietet öffentliche Kundgebungen in unmittelbarer Nähe tagender gesetzgebender Körperschaften. Für uns ist auf der einen Seite wichtig, dass es das demokratische Recht zur freien Meinungsäußerung gibt, auf der anderen Seite ist weiter sicherzustellen, dass die gesetzgebenden Körperschaften ungestört zusammentreten können.

Unsere Empfehlung: Ablehnung

Antrag 9.06

Flucht ist kein Verbrechen – Kein Mensch ist illegal

Mit dem Fremden(un)rechtspaket 2012 wurden zahlreiche Verschlechterungen für Asylwerbende beschlossen. Seither gilt z. B. mit der „Mitwirkungspflicht“ eine Art Lagerhaft (ohne unabhängiger Rechtsberatung) für Asylwerbende. Der Antrag richtet sich gegen die diese Internierung von Flüchtlingen und fordert die Abschaffung der Schubhaft („keine Haft ohne Delikt“), sowie ein Bleiberecht für dauerhaft in Österreich lebende Menschen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 9.07:

Für ein Österreich des Willkommens und der Solidarität

Im Antrag wird eine grundlegende Überarbeitung des Fremdenrechts, orientiert an den Zielen gleicher Rechte für alle in Österreich lebenden Personen, gefordert. Migration ist gesellschaftliche Realität, die nicht beendet werden kann – auch nicht durch eine militarisierte Sicherung der EU-Außengrenzen. Aufgrund der sozialdemokratischen Werte Solidarität und Gleichheit wird ein Ende von Schubhaft und Diskriminierung gefordert, sowie ein Ausstieg Österreichs aus der Grenzschutzagentur FRONTEX, die Flüchtlinge militärisch abwehrt.

Unsere Empfehlung: Annahme

Kapitel 10:

Europäische und internationale Politik

Antrag 10.01:

Rechtsextremismus – die unterschätzte Gefahr

Rechtsextremismus muss endlich auf europäischer Ebene in eigenen Ausschüssen behandelt werden. Ebenso soll das Innenministerium künftig einen jährlichen Rechtsextremismusbericht verfassen. Auf Bundesebene sollen die Stiftungsgelder für das DÖW (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands) erhöht werden um dessen hervorragende Expertise zum Thema Rechtsextremismus zu unterstützen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 10.02:

Wirtschaftspolitischer Kurswechsel in Europa

Dieser Antrag bringt in seltener Vollständigkeit exakt auf den Punkt, was sozialdemokratische Regierungen in Europa derzeit machen müssten. Die Forderungen nach einer koordinierten Lohnpolitik in Europa und einem Marschallplan für die Krisenstaaten, bei gleichzeitigem Nachdruck effektivere Behördenstrukturen aufzubauen, sind wesentliche Bausteine eines wirklichen Gegenentwurfs zum neoliberalen Desaster, das ganze Volkwirtschaften zerstört und Millionen ins Elend führt. Auch die Beauftragung des Bundesparteitags, an einem europaweiten Gegengewicht zum Merkel-Kurs aktiv mitzuarbeiten und mit einer Kommission für mehr wirtschaftspolitische Aufklärung auch innerhalb unserer Bewegung zu sorgen, liegt goldrichtig. Dieser Antrag 10.01 ist quasi das Gegenstück zum zahnlosen Wischi-Waschi Antrag 2.01 mit dem Titel „Ja zur Umverteilung! Vorrang für Wachstum und Beschäftigung!“. Weil dieser Antrag 10.01 Ecken und Kanten hat, wird er wenig überraschend zur Zuweisung empfohlen. Ein Begräbnis erster Klasse.

Unsere Empfehlung: Zuweisung ablehnen, Antrag annehmen

Resolution 10.01:

Neutralitätsstatus muss unter allen Umständen aufrecht bleiben

Es gibt heute viele internationale Konflikte, in denen neutrale Länder eine wichtige Rolle in der Friedenspolitik und in der Bündnisfreiheit spielen. Die Neutralitätspolitik ist ein wichtiger Schutzfaktor, weswegen mit ihrer Aufgabe die Grundlagen österreichischer Politik seit der Niederlage des Nazifaschismus gefährdet wären.

Unsere Empfehlung: Annahme

Resolution 10.02:

Für eine sozialdemokratische Entwicklungspolitik

Diese Resolution behandelt entwicklungspolitische Leitlinien der Sozialdemokratie und fordert ein verstärktes Engagement Österreichs im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, etwa die längst fällige Einhaltung internationaler Verpflichtungen (0.7% des BIP für EZA). Entwicklungspolitik wird als Querschnittsmaterie verstanden, die alle Bereiche betrifft – und von öffentlicher Beschaffung (soziale und ökologische Kriterien) bis zu Gleichstellung der Geschlechter und humanitäre Hilfe reicht. Entwicklung wird breit definiert und umfasst gerechte Handelsregime ebenso wie gute Regierungsführung, die Wahrung sexueller und reproduktiver Rechte und Ernährungssouveränität.

Unsere Empfehlung: Annahme

Kapitel 11:

Landwirtschaftspolitik

Antrag 11.01:

Die Zukunft der Landwirtschaft und des ländlichen Raums aktiv mitgestalten

Der Antrag fordert ein europäisches Agrarmodell, welches eine multifunktionale, flächendeckende und nachhaltig produzierende Landwirtschaft zum Ziel hat. Aufgrund der jetzigen Ungerechtigkeiten bei den Landwirtschaftsförderungen in Österreich fordern die SPÖ-BäuerInnen eine faire Verteilung nach unten sowie eine angemessene Obergrenze. Ein Umstieg auf Regionalmodelle mit einer einheitlichen Hektarprämie und eine Überarbeitung der Einheitswertregelung würde zugleich für mehr Transparenz und Gerechtigkeit sorgen. Ebenso muss eine Neuregelung der Sozialversicherungswertberechnung von BäuerInnen erreicht werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Kapitel 12:
Medienpolitik und Neue Medien

Netzpolitik und damit in Verbindung stehende Themenbereiche wie Datenschutz oder UrheberInnenrechte sind ein sich neu entwickelndes Politikfeld und insbesondere bei Jugendlichen ein bedeutendes Thema. Aus diesem Grund begrüßen wir, dass dieser Thematik auch am Bundesparteitag Platz eingeräumt wird.

Antrag 12.01
Stopp für ACTA

Als rote Jugendorganisationen haben wir uns stets gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) ausgesprochen und den Protest innerparteilich vorangetrieben. Es ist deshalb ein wichtiges Zeichen, diesen Antrag anzunehmen, obgleich das Abkommen schon im Papierkorb verschwunden ist. Wir hoffen, dass die SPÖ künftig entsprechend der Forderungspunkte dieses Antrags agieren wird und keinem ähnlichen Abkommen - mit schlichtweg anderem Namen - zustimmt. Die Gefahr, dass freie Meinungsäußerung und Informationsaustausch durch ein gegängeltes Internet ausgeschalten werden, ist viel zu groß.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 12.02
Für ein faires Urheberrecht

Eine Reform des Urheberrechts ist höchst an der Zeit – diese darf jedoch keinesfalls mit einer Kriminalisierung der Internet-UserInnen einhergehen. Auch ein Abkassieren bei der breiten Bevölkerung – etwa mittels Internetsteuer oder Leerkassettenabgabe – wird in diesem Antrag abgelehnt. Nach dem Scheitern von ACTA gibt es mit CETA (Comprehensive Economic Trade Agreement) bereits Abkommen, die in eine ähnliche Richtung zielen. Auch hier ist ein klares Nein der SPÖ gefordert.

Unsere Empfehlung: Annahme

Resolution 12.01
„Let the sunshine in" – Die Chancen der Digitalisierung nutzen!

Für eine progressive Netzpolitik der SPÖ
Da das Netz zum wichtigsten Informationsmedium geworden ist, muss auch der Zugang zum Internet ein Menschenrecht darstellen. Fragen des Urheberrechts, des Datenschutzes, des E-Governments und Open Governments sind den Bedingungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Diese Aspekte werden im Papier entsprechend eines sozialdemokratischen Anspruchs auch behandelt, weshalb das Positionspapier auch eine gelungene Ergänzung zu den schon vorhandenen Parteipositionen darstellt und zukünftig auch entsprechende politische Umsetzung finden muss.

Unsere Empfehlung: Annahme

Kapitel 13:
Wohnpolitik

Antrag 13.01:
Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbaufördermittel des Bundes

Die Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel des Bundes sollen wieder eingeführt werden. Außerdem soll über den Aufbau von Landeswohnbaufonds nachgedacht werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 13.02:
Zweckbindung und schrittweise Valorisierung der Wohnbauförderungsmittel des Bundes

Die Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel des Bundes sollen wieder eingeführt werden; außerdem sollen die Zweckzuschüsse inflationsangepasst werden. Wohnbauförderungsbeiträge sollen nicht nur von Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen bezahlt werden, auch andere Erwerbsgruppen sollen einen Beitrag dazu leisten.

Unsere Empfehlung: Zuweisung

Kapitel 14:
Umweltpolitik

Antrag 14.01
Plastiksackerl-Verbot jetzt!

Der Antrag fordert ein Verbot von nicht kompostierbaren Plastiksackerl in Österreich noch in dieser Legislaturperiode. Plastiksackerl sorgen für eine massive Umweltverschmutzung und setzen im Zuge einer langen Zersetzungszeit giftige Stoffe in die menschliche Nahrungskette und Umwelt frei. Auch als Alternative zur ressourcen- und energieintensiven Produktion sollen vermehrt Projekte zu einer Förderung von wiederverwertbaren Tragtaschen beitragen. Der Antrag fordert weiters eine konsumentInnenfreundliche Umstellung, ohne Zusatzkosten für Privathaushalte.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 14.02
Energiezukunft gestalten – nachhaltige, leistbare, und sichere Energieversorgung

Hierbei steht die Forderung nach einem langfristigen, nachhaltigen Energiekonzept gekoppelt mit einer ökologischen Energiewende im Mittelpunkt. Dabei ist einerseits die nationale Versorgungssicherheit zu gewährleisten, u.a. durch öffentliche Eigentumsverhältnisse an Energieunternehmen, andererseits eine soziale Preisgestaltung zu forcieren. Damit einhergehend sollen staatliche Förderungen die Forschung und Entwicklung voranbringen, gezielt bestimmten Energieformen zukommen, aber auch neue Ausbildungsplätze fördern und schaffen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 14.03
Umweltzerstörende „Giveaways" für Landtags- und Nationalratswahlen? - NEIN DANKE!!!

Wie der Titel bereits aufzeigt, behandelt der Antrag die Auswahl der Giveaways für die kommenden Landtags- und Nationalratswahlen: diese sollen in Zukunft auch unter Umweltschutz-Aspekten angekauft und produziert werden (z.B. recyclebare Kugelschreiber, Stoff- statt Plastiksackerl, weniger Papierverbrauch), damit unsere Wahlkämpfe umwelt- und ressourcenschonender gestaltet sind.

Unsere Empfehlung: Zuweisung

Antrag 14.04
Konkrete Schritte für eine atomwaffenfreie Welt setzen

Der Antrag bekräftigt die Forderung nach einer Welt ohne Krieg und der Abschaffung aller Atomwaffen weltweit. Der Antrag regt an zur Unterstützung und Stärkung einiger Verbände und Netzwerke, wie "Mayors for Peace – BürgermeisterInnen für den Frieden" oder anderen im Rahmen der Vereinten Nationen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Resolution 14.01:
Nahrungsmittel gehören auf den Teller, nicht in den Tank – Keine weitere Erhöhung der biogenen Beimischungsverpflichtung bei Kraftstoffen

Obwohl weltweit eine große Zahl von Menschen Hunger leidet, versuchte man in Österreich den Biosprit E10 - ein Pflanzentreibstoff, dem Benzin beigemischt wird – vergeblich am Markt zu etablieren. Die falsche Antwort auf die aktuelle Energiekrise, die sich auch durch die wachsenden Treibstoffpreise zeigt, stellt keinen nachhaltigen Weg dar, im Gegenteil. Durch vermehrte Spekulation mit Nahrungsmittel und geringeren Getreidemengen führt dies zu drastischen Teuerungen, die besonders einkommensschwache Haushalte und arme Regionen treffen. Der Antrag fordert, dass die Einführung von E10 weiter verhindert wird.

Unsere Empfehlung: Annahme

Kapitel 15:
Partei und Parteiorganisation

Antrag 15.01
Statutenantrag

Aufgrund des Transparenzgesetzes gibt es mehrere Änderungen und Anpassungen im Organisationsstatut der SPÖ.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.02

Für einen demokratischen Prozess zur Erarbeitung des Grundsatzprogramms

Dieser Antrag fordert ein neues Grundsatzparteiprogramm, da das aktuelle noch aus dem Jahr 1998 ist. Das kommende neue Grundsatzprogramm der SPÖ soll in einem breiten, offenen und demokratischen Prozess unter Einbeziehung möglichst vieler interessierter Menschen erarbeitet werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.03

Partei in Bewegung

Dieser Antrag fordert eine Öffnung der Sozialdemokratie, sodass mehr Menschen in der SPÖ mitarbeiten und sich einbringen können. Dies soll, neben einer verstärkten Präsenz der SPÖ im öffentlichen Raum, über eine stärkere Einbindung der Mitglieder und Vorfeldorganisationen gelingen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.04

Stärkung des parteiinternen Diskurses, insbesondere der vom Bundesparteitag demokratisch legitimierten Entscheidungsgremien der Partei

In der Vergangenheit ist es immer wieder vorgekommen das wichtige Entscheidungen der SPÖ nicht in den dafür vorgesehenen Gremien gefasst wurden. Daher fordert dieser Antrag, dass in Zukunft Entscheidungen in den dafür vorgesehenen Gremien gefasst werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.05

Kombimitgliedschaft SPÖ und Pensionistenverband

Dieser Antrag fordert eine Kombimitgliedschaft zwischen PVÖ und SPÖ.

Unsere Empfehlung: Ablehnung

Antrag 15.06

SPÖ mit Demokratie durchfluten

Seit Jahrzehnten sind sowohl die Wahlergebnisse als auch die Mitgliedszahlen der SPÖ stark rückläufig. In diesem Antrag geht es darum, wie die SPÖ wieder attraktiver für Mitglieder werden kann und sich öffnen kann. Ziel des Antrages ist es, mit verschiedenen Maßnahmen politischer und statutarischer Art die SPÖ programmatischer, demokratischer, offener, gleichberechtigter und jünger zu machen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.07

Wahl der Bundesgeschäftsführung

Die Bundesgeschäftsführung ist eine zentrale Leitungsebene der Partei, die wir künftig demokratisch legitimiert wissen wollen. Ihre Besetzung soll, wie jene anderer Funktionen auch, auf dem Bundesparteitag demokratisch gewählt werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.08

Mitbestimmung der Mitglieder

Die Mitglieder sollen künftig stärker in die Positionierung der Partei eingebunden werden. Dazu soll die Möglichkeit einer Urabstimmung ab der Zustimmung von 10 Prozent der SPÖ-Mitglieder möglich werden.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.09

Präsidium abschaffen – Bundesparteivorstand aufwerten

Neben dem 70-köpfigen Bundesparteivorstand gibt es auch noch das Präsidium (Bundesparteivorsitzende/r plus StellvertreterInnen plus Bundesfrauenvorsitzende). Während der Bundesparteivorstand und der Bundesparteirat häufig eine Art Statistenrolle einnehmen, liegt eine klare Dominanz des allerkleinsten Gremiums, des Präsidiums, vor. Da die Sachverhalte, über die in den drei Gremien beraten wird, großteils übereinstimmen, fordern wir die Abschaffung des Präsidiums bei gleichzeitiger Verkleinerung des Bundesparteivorstandes.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.10

Bundesparteirat als neuer Themenrat

Der Parteirat soll als kleiner Parteitag mit Beschlussrecht fungieren. Der Parteirat soll verbindlich in jenen Jahren tagen, in denen kein Bundesparteitag stattfindet. Der Bundesparteivorstand legt für diesen je 2-3 aktuelle Leitanträge vor, die vom Bundesparteirat behandelt werden. So kann die Sozialdemokratie jedes Jahr die wichtigsten Themen ausführlich behandeln und ihr inhaltliches Profil stärken.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.11

Koalitionsabkommen nur nach einem Sonderparteitag

Die Unterzeichnung von Koalitionsabkommen soll künftig nur nach dementsprechenden Parteitagsbeschlüssen erfolgen. Was die SPÖ in einer Koalitionsregierung mit 5-jähriger Legislaturperiode an Maßnahmen und Reformen durchsetzen will – und auch, mit welcher Partei eine Koalition eingegangen wird, soll künftig nicht ohne Mitsprache der Parteimitglieder beschlossen werden können.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.12

Veröffentlichung von Abstimmungsprotokollen

Nur zu oft kommt es vor, dass Protokolle von Sitzungen entweder gar nicht erst angefertigt werden oder in Schubladen verstauben. Wir setzen uns für eine verpflichtende Veröffentlichung von Abstimmungsprotokollen ein. Weiters sollen die Protokolle für die gewählten und kooptierten Mitglieder der Bundesgremien in der Bundesgeschäftsführung zugänglich sein.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.13

Erhöhte Quoren bei LangzeitmandatarInnen

Um die Durchmischung und Erneuerung des Parlamentsklubs und der SPÖ-Landtagsklubs zu fördern, plädieren wir für erhöhte Quoren für all jene MandatarInnen, die bereits zwei oder mehr Perioden gedient haben. Eine dritte oder weitere Kandidatur soll künftig nur nach Erreichen einer Zweidrittelmehrheit im jeweiligen Gremium möglich sein.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.14

Konferenzen und Parteitage öffnen

Mitglieder sollen erheblich umfassendere Mitspracherechte genießen. Künftig soll jedes Parteimitglied bei Orts- und Bezirkskonferenzen stimmberechtigt sein. Auch die Anzahl der Delegierten beim Bundesparteitag wollen wir auf 800 erhöhen.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.15

Anpassung des Bundesparteistatuts an die Änderung des Verbandsnamens des VSStÖ

In diesem Antrag geht es um die statutarische Änderung des Namens des VSStÖ.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.16

Einrichtung einer bildungspolitischen Kommission

In diesem Antrag wird die Einrichtung einer bildungspolitischen Kommission gefordert, um das bildungspolitische Programm der SPÖ zu stärken.

Unsere Empfehlung: Annahme

Antrag 15.17

Mit Demokratie, Mitbestimmung und Solidarität zum Erfolg

Dieser Antrag beschäftigt sich mit der parteiinternen Demokratie. Denn der Sinn demokratisch gewählter Führungsorgane sollte darin liegen, Diskussionen ernsthaft zu führen und sozialdemokratische Lösungen gemeinsam durchzukämpfen und kein Prinzip der „kollektiven Unverantwortlichkeit“ zu produzieren. Die Demokratisierung der SPÖ und ihrer Entscheidungsprozesse ist daher unverzichtbar für ihren politischen und organisatorischen Erfolg.

Unsere Empfehlung: Zuweisung

Resolution 15.01

Mitgliedschaft stärken – Willkommensmitgliedschaft einführen

Hier wird vorgeschlagen, eine Willkommensmitgliedschaft einzuführen. Damit soll es gelingen, Interessierte außerhalb der Sozialdemokratie bei der parteiinternen Arbeit mit einzubeziehen. Ziel bleibt natürlich der Wechsel in die Parteimitgliedschaft. Konkret soll in den ersten beiden Jahren der Mitgliedschaft auf Wunsch nur ein Mitgliedsbeitrag von 1€/Monat möglich sein, danach erfolgt der automatische Wechsel in die Vollmitgliedschaft.

Unsere Empfehlung: Annahme